

## **Volle Solidarität voraus! Sammelunterkünfte auflösen - Menschenwürdige Asylpolitik jetzt!**

Die Lage an den Außengrenzen der EU ist unverändert katastrophal - tausende Schutzsuchende müssen in völlig überfüllten Camps unter unmenschlichen Bedingungen leben und haben keine Perspektive auf eine Weiterreise. In den Lagern ist kein Infektionsschutz möglich. Die EU schaut tatenlos zu, wie Menschen in würdelosen Zuständen ausharren müssen und teilweise in Lebensgefahr geraten. Gemachte Zusagen zur Aufnahme von Geflüchteten wurden bisher, wenn überhaupt, nur zu einem winzigen Bruchteil erfüllt.

Wir fordern: #leavenoonebehind!

Die Menschenwürde darf nicht an den Außengrenzen Europas enden! Der Schutz von Leben und Gesundheit darf keine Frage der Staatsangehörigkeit sein! Wir fordern die Brandenburger Landesregierung unverzüglich zum Handeln auf:

- Umfassendes, humanitäres Aufnahmeprogramm für schutzbedürftige Menschen auf der Flucht auflegen und umsetzen!
- Solidarität mit Seebrücke und dem Bündnis der „Sicheren Häfen“!
- Sammelunterkünfte abschaffen! - Sofortige Dezentrale Unterbringung aller Geflüchteter!
- Ministerpräsident Dietmar Woidke muss den Vorsitz im Bundesrat nutzen und eine neue Initiative zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes starten, damit die Länder zukünftig ohne Zustimmung des Bundesinnenministeriums (BMI) Geflüchtete aufnehmen können!
- Sofortige Einstellung jeglicher Abschiebungen, sowie Druck auf die Bundesregierung Abschiebungen konsequent als legitimes Mittel abzulehnen

Weitere Aufforderungen richten sich an die Bundesregierung selbst, insbesondere im Hinblick auf die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands ab Juli:

- Sofortige Evakuierung aller Geflüchteter aus den Elendslagern an den EU-Außengrenzen!

- Wiedereinführung staatlicher und Entkriminalisierung privater Seenotrettung!
- Frontex abschaffen und die EU-Außengrenzen demilitarisieren!
- Schaffung sicherer Fluchtrouten und die Ermöglichung globaler Bewegungsfreiheit!
- Sicherstellung von schnellen, fairen und rechtsstaatlichen Asylverfahren in der ganzen EU!
- Prinzipieller Abschiebungsstopp! Wir lehnen das Prinzip der Sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten entschieden ab!

Zusätzlich muss auch der Prozess der Integration fundamental reformiert werden. Es darf keine Asylpolitik der Abschreckung mehr geben! Wir fordern mutige Schritte in einer menschenwürdigen Asylpolitik. Die sprachliche Verrohung durch rechtsradikale Personen dürfen wir als Gesellschaft nicht schweigend hinnehmen. Als politische Organisation müssen wir ihr energisch entgegengehen.

Für die GRÜNE JUGEND Brandenburg bedeutet dies, dass der Prozess der Einbürgerung beschleunigt und bürokratische Hürden abgebaut werden müssen. Das Asylverfahren muss leichter, fairer, gerechter und verständlicher werden. Weiter muss ein leichter Zugang zum Arbeitsmarkt gewährleistet werden. Schutzsuchende brauchen nachhaltige Fortbildungsmöglichkeiten und zusätzliche Programme, um insbesondere den Spracherwerb zu erleichtern.